

Nach dem Beitrittsentscheid zu IWF und Weltbank:

Solidarität einfordern!

Mit einer relativ knappen Mehrheit von 55,8 Prozent beschlossen die Schweizer StimmbürgerInnen am 16./17. Mai den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank. Zu dieser Abstimmung und den damit verbundenen entwicklungs- politischen Diskussionen kam es überhaupt erst, nachdem von linker Seite das Referendum ergriffen wurde. Erst nach der Lancierung des linken Referendums beschlossen auch Blocher, Fischer und AUNS-Konsorten ihr isolationistisches Referendum, das aber nach 30'000 Unterschriften abgebrochen wurde.

Es ist einer breiten Koalition von entwicklungs- und umweltpolitischen, kirchlichen, gewerkschaftlichen, Frauen- und Friedensbewegten Menschen und Organisationen gelungen, den bundesrätlichen Beitrittsbeschluss zum Aufhänger für ihre eigene Kampagne zu machen. Eine Vielzahl von Veranstaltungen in grossen wie kleineren Orten und viele Zeitungs- und Zeitschriftenartikel ermöglichten es, die Rolle der Schweiz und ihre Verantwortung gegenüber der Dritten Welt zu thematisieren und Menschen aus dem Süden selbst die Möglichkeit zu geben, hier in der Schweiz ihre Anliegen zu vertreten. Der Abstimmungskampf drehte sich denn auch fast ausschliesslich um diese entwicklungs- politischen Fragen.

Nachdem selbst die SVP die Ja-Parole beschlossen hatte, verschob sich die Argumentation eindeutig nach links hin zu unseren solidarischen Argumenten und der Vorwurf der «unheiligen Allianz» wurde hinfällig. Das linke Referendumskomitee blieb seinen Inhalten treu, während die Aufgabe aller einst formulierten Bedingungen seitens der SP und die Kampagne von Bundesrat Otto Stich in ihrer Allianz mit Nationalbankpräsident Lusser wohl bedeutend unheiliger daherkam.

Uns wurde vorgeworfen, keine Alternativen zu den Institutionen von Bretton Woods vorschlagen zu können. Doch auch dieses Argument zielt an den Interessen des Referendums vorbei. Nicht eine neue makroökonomische Theorie war unser Ziel, sondern die Verantwortung der anderen, der solidarischen Schweiz gegenüber der Bevölkerung im Süden und Osten.

In diesem Sinne war das Referendum auch ein Erfolg. Bedeutend mehr Menschen in der Schweiz wissen heute, was IWF und Weltbank ist, welche Folgen ihre Hunger- politik für Menschen in der Dritten Welt hat, welche Rolle die Schweiz dabei spielt. Die Schweizer Aussenpolitik sieht sich mit einer kritischen Öffentlichkeit konfrontiert, die ohne die gemeinsame Anstrengung des Referendums nicht entstanden wäre. Bundesrat Otto Stich erklärte mehrfach – auch am Sonntag nach der Abstimmung – dass die Schweiz «selbstverständlich eine fortschrittliche, solidarische Politik» in diesen Organisationen betreiben werde. Ohne diese Abstimmungspropaganda des Bundesrates, den IWF- und Weltbankbeitritt als «Akt der Solidarität» darzustellen, wäre auch die knappe zustimmende Mehrheit kaum zustande gekommen.

Es wird jetzt an allen beteiligten Kräften liegen, die durch das Referendum entstandene kritische Öffentlichkeit fruchtbar zu machen mit Vorschlägen für weitergehende Kampagnen und den Bundesrat auf seinen Aussagen zu behaften. Als ersten Tatbeweis dieser solidarischen Öffnung nach aussen fordern wir die sofortige Unterzeichnung einiger internationaler Abkommen, bei denen die Schweiz bisher abseits steht: die Kinderrechts- und die Kulturgüter-Konvention. Zudem wäre der sofortige Beitritt zur Uno voranzutreiben. Eine Fluchtgeld-Initiative als weitergehende Kampagne der entwicklungs- politischen Kreise ist schon seit längerem in Vorbereitung und wurde nur wegen des laufenden Referendums zurückgestellt.

Roland Brunner